Der Landtag zum Bergarbeiterschutz

Aufwertung der Altersrenten — Gleichstellung aller Ruheständler — Gegen Auswüchse im Wandergewerbe

158. Sitzung

Dresden, 15. Dezember

Zu Beginn der Sitzung gibt Abg. Kunze (Deutschnat. Volksp.) eine Erklärung ab, zu der ein offener Brief des Reichstagsabgeordneten Müller des Anlaß gegeben hatte, in dem auf die Darstellung einer Schlägerei in Zwickau Bezug genommen worden war, die der Redner am 1. Dezember im Landtag gesprochen hatte. Der Redner stellt fest, daß es sich tatsächlich um eine Schlägerei gehandelt habe, bei der Mitglieder von seinen Gegnern, die nachträglich gerichtlich bestraft worden sind, geschlagen worden sei. Hätten die verurteilten Nationalsozialisten ebenfalls Klage erhoben, würde das Gericht jedenfalls zu einem anderen Urteil gekommen sein.

Präsident Winkler: Durch diese Erklärung ist die Angelegenheit für den Landtag erledigt.

Auf der Tagesordnung steht als erster Beratungsgegenstand die zweite Lesung des sozialdemokratischen Antrags auf ein

Verbot der Errichtung weiterer Landkrankenkassen

Abg. Sirube (Soz.) beantragt für den Rechtsausschuß den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den bestimmt wird, daß im Gebiete des Freistaates Sachsen keine Landkrankenkassen mehr errichtet werden dürfen, anzunehmen.

Abg. Dr. Troll (Deutschnat. Volksp.): Die Regierung hat Anweisung gegeben, daß bis zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag zur Gründung neuer Krankenkassen von den zuständigen Stellen keine Stellung genommen werden soll, so daß manche Landkrankenkassen nicht gegründet werden konnten. Darin sehen die Landwirte eine Beschränkung ihrer gesetzlichen Rechte. Der Antrag treibt einen Keil zwischen Stadt und Land.

Abg. Dr. Schmincke (Komm.): Durch die Gründung der Landkrankenkassen wollen die Landwirte einen Keil zwischen Kleinbauern und städtische Arbeiter treiben.

Abg. Schulrch (Soz.). Die Ortskrankenkassen werden aus Furcht vor dem sozialdemokratischen Einfluß von den Landwirten bekämpft. Die Landkrankenkassen müssen einen größeren Teil ihrer Einnahmen für Verwaltungskosten aufwenden. Das liegt nicht im Interesse der Sparsamkeit auf allen Gebieten. Die Landkrankenkassen wollen ihr Kapital ausschließlich der Landwirtschaft zur Verfügung halten. Ihre Leistungen sind geringer, als die der Ortskrankenkassen.

Der Antrag, die Errichtung neuer Landkrankenkassen zu verbieten, wird schließlich angenommen.

Der Haushaltausschuß B hatte sich mit einem überwiesenen sozialdemokratischen Antrag beschäftigt, in dem von der Regierung verlangt worden war, bei der Reichsregierung auf die alsbaldige Schaffung eines Reichsberggesetzes hinzuwirken zum

Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter

Abg. Dr. Eckardt (Deutschnat. Volksp.) beantragt für den Haushaltausschuß B, ein Reichsberggesetz zum Schutze der Bergarbeiter zu fordern und dabei zu verlangen, daß jedem Bergamt Grubenkontrolleure aus den Reihen der Bergarbeiter beizuordnen sind. Weiter wird gefordert: die Bildung von Grubensicherheitskommissionen, den Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobmännern Kontrollrechte einzuräumen, Beeinflussungen der Aufsichtspersonen zu bestrafen, Maßnahmen zur Verhütung von Kohlenstaub- und Schlagwetterexplosionen zu ergreifen, Häuern und Schießmeistern eine besondere Ausbildung zu geben und auf alten Schachtanlagen für hinreichende Rettungsgeräte zu sorgen. Diesen Forderungen soll schon vor dem Erlaß des Reichsbergarbeiterschutzgesetzes in Sachsen entsprochen werden.

Ministerialrat Dr. Krug erklärt, daß die Regierung den gestellten Anträgen im allgemeinen zustimmen könne.

Abg. Lippe (Deutsche Volksp.): Wir können einigen Forderungen, die sich auf Kontrollrechte beziehen, nicht zustimmen und müssen dagegen Verwahrung einlegen, daß die Schuld an Grubenunglücken fast nur der Unternehmerschaft zugeschoben wird. Die Arbeiterschaft tut nicht alles, um Unglücksfälle zu verhindern. Vielfach gefährden junge Leute durch erschreckend leichtfertige Handlungen fahrlässig Leben und Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Darum hat der Ausschuß für den sächsischen Bergbau Einrichtungen verlangt, zur planmäßigen und dauernden

Belehrung der Bergleute über die mannigfachen Gefahren des Bergbaues

Abg. Lieberasch (Komm.) verlangt bis zum Erlaß des Reichsbergegesetzes für den sächsischen Bergbau besondere Sicherheitsmaßnahmen.

Abg. Graupe (Soz.): Die kommunistischen Anträge entsprechen dem Agitationsbedürfnis der Kommunisten. Die vom Ausschuß vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen sind notwendig.

Abg. Günther-Plauen (Dem.): Zum Schutze der Bergarbeiter ist zweierlei notwendig. Einmal müssen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen getroffen werden, zum andern muß das Rettungswerk bei Unfällen unverzüglich und wirkungsvoll einsetzen können. Gewiß gefährden einzelne Bergarbeiter durch Leichtfertigkeit und Unvorsichtigkeit ihre Mitarbeiter, aber diese Vorwürfe dürfen nicht verallgemeinert werden.

Der Schutz der Bergarbeiter ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsgewalt

(Sehr richtig!) Einzelne Sicherheitsmaßnahmen brauchen nicht gesetzlich vorgeschrieben zu werden. Das kann durch beweglichere Verordnungen geschehen.

Abg. Langfort (Soz.): Wir werden die kommunistischen Minderheitsanträge ablehnen und für die vom Ausschuß vorgeschlagenen Entwürfe stimmen, die den Forderungen der Bergarbeiter entsprechen.

Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Den Vorschlägen des Haushaltausschusses wird darauf zugestimmt.

Für den Rechtsausschuß empfiehlt Abg. Renner (Komm.) als Berichterstatter, den Antrag seiner Partei auf Aufhebung der beschlossenen Industrie- und Agrarzölle abzulehnen. Als Redner seiner Partei tritt der Redner für die Annahme des Antrags ein.

Abg. Fellisch (Soz.): Wir sind Gegner der Zollpolitik, und die sächsische Regierung hat schon im Reichsrat gegen die Zollvorlage gestimmt. Nachdem die Zollvorlage vom Reichstag angenommen worden ist, muß der Antrag auf Aufhebung der Zölle im Reichstag gestellt werden. Wir lehnen deshalb hier im Landtage den Antrag ab, weil wir an die Regierung Sachsens nicht eine Forderung stellen wollen, mit deren Vertretung im Reiche sie sich lächerlich machen würde.

Der kommunistische Antrag wird darauf abgelehnt.

Die Aufhebung mehrerer Steuerarten

war von den Deutschnationalen in einem Antrag gefordert worden. Gefordert hatten die Antragsteller den Wegfall der Grundsteuer, die Beseitigung der Gewerbesteuer für die Landwirtschaft, mindestens die Aufhebung des Grundbetrags von 30 Mark für die wirtschaftlich Schwachen, die Beseitigung der Aufwertungssteuer für landwirtschaftliche Wohnungen, sowie der Zugtiersteuer.

Abg. Beyhle (Soz.) beantragt für den Rechtsausschuß, dem der Antrag seinerzeit überwiesen worden war, den Antrag der Deutschnationalen abzulehnen. Die Regierung soll aber ersucht werden, die Zugtiersteuer allgemein aufzuheben und die für den Wegebau nötigen Erträgnisse der Zugtiersteuer vielleicht durch Teilung der Kraftfahrzeugsteuer zu beschaffen. Weiter soll die Regierung die Verpflichtung zur Zahlung der 30 Mark Grundbetrag bei der Gewerbesteuer wegfallen lassen und in Notfällen schon vorher den vierten Steuertermin erlassen.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

Der Landtag behandelt darauf den Gesetzentwurf der Regierung über die

Aufwertung der Altersrenten

Frau Abg. Dr. Hertwig-Bünger (Deutsche Volksp.) beantragt für den Haushaltausschuß A, dem Gesetzentwurf der Regierung mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Regierung ersucht wird, die im Laufe des Jahres 1925 gezahlten Unterstützungen auf die Rentenzahlungen des Jahres 1925 tunlichst nicht anzurechnen. Weiter wird vom Ausschuß vorgeschlagen, einen deutschnationalen Aufwertungsantrag abzulehnen, in dem gefordert worden war, die Regierung zu beauftragen, für das Rechnungsjahr 1925 als Unterstützung an die Rentenempfänger der Alterszentenbank, die bisher außer einem Betrag von 50 Mark einen Zuschlag von fünf v. H. erhalten haben, einen weiteren Betrag von 150 000 Mark bereitzustellen.

Abg. Dr. Schmincke (Komm.) stellt einen weitergehenden Antrag, die der Aufwertung unterliegenden Renten zu 100 v. H. bis zu dem Betrag von 1000 M. jährlich zu zahlen.

Finanzminister Dr. Reinhold: Ich bitte, den kommunistischen Antrag abzulehnen, weil es willkürlich wäre, aus der großen Zahl der Notleidenden die Altersrentner herauszugreifen. Den Inhabern von Staatsanleihen kann auch nicht eine hundertprozentige Aufwertung angestanden werden. Die Aufwertung der Altersrentner auf 25 v. H. ist der höchste Satz, über den nicht hinausgegangen werden kann. Die Altersrentner haben nur Anspruch auf eine Aufwertung auf 10 v. H. Es ist ihnen also von der Regierung mehr zugebilligt worden. Die Regierung wird auch dem Antrage entsprechen, die Anrechnung der gewährten Unterstützungen auf die zu Weihnachten zu zahlenden Beträge nicht vorzunehmen. Sie wird nur die Anrechnung der Beträge vornehmen, die die gesamte Rente von 150 M. übersteigen. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, daß die Auszahlungen noch vor Weihnachten erfolgen können.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge, wird den Vorschlägen des Haushaltausschusses A zugestimmt.

Die Gleichstellung der Alt- und Neuruheständler

beantragt darauf für seine Fraktion der Abg. Wehrmann (Dem.): Der Landtag soll beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß vom 1. Januar 1926 an die Altruheständler den Neuruheständlern in ihren Bezügen gleichgestellt werden. Der Antrag wird nicht zum erstenmal gestellt. Wir hoffen aber, daß es zum letztenmal nötig ist, ihn zu stellen, daß er endlich angenommen wird. Wir beantragen auch, den Antrag sofort in Schlußberatung zu nehmen.

Der sofortigen Schlußberatung des Antrages wird zugestimmt.

Abg. Anders (Deutsche Volksp.): Meine Fraktion stimmt dem Antrag zu. Die Regierung mag alles tun, um beim Reiche die Gleichstellung durchzusetzen.

Nachdem auch ein Redner der Deutschnationalen dem Antrag zugestimmt hat, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die beiden Anträge, die zum Schluß auf der Tagesordnung stehen, werden gemeinsam behandelt. Sie fordern

Beschränkungen des Wandergewerbes

Abg. Schmidt (Deutsche Vp.): Die Regierung soll den mit der Ausfertigung von Wandergewerbescheinen betrauten Stellen zur Pflicht machen, bei der Ausstellung von Wandergewerbescheinen die bestehenden Vorschriften strengstens anzuwenden und Wandergewerbescheine für den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs bei mangelnder Zuverlässigkeit allgemein zu versagen. Weiter soll die Regierung die zuständigen Behörden veranlassen, ihre Aufsichtsorgane anzuhalten, den Gewerbebetrieb im Umherziehen schärfer zu überwachen, als es bisher geschieht, und eine verschärfte Kontrolle insbesondere darauf auszudehnen, daß Wandergewerbetreibende das vorgeschriebene Steuerheft bei sich haben und ordnungsgemäß führen.

Von einem Regierungsvertreter wird erklärt, daß die Zunahme des Wandergewerbes das Wirtschaftsministerium schon veranlaßt habe, den zuständigen Behörden die strenge Anwendung der Vorschriften zur Pflicht zu machen, die hinsichtlich der Ausstellung von Wandergewerbescheinen gelten. Auch die strenge Ueberwachung des Wandergewerbes ist schon wiederholt angeordnet worden. Die Behörden sollen dem wilden Hausierhandel ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Ein Antrag auf sofortige Schlußberatung der beiden Anträge wird abgelehnt.

Abg. Hilser (Deutschnat. Vp.) weist auf Auswüchse des Hausierhandels hin, der vielfach auf eine Täuschung der Käufer ausgehe.

Abg. Prof. Dr. Kastner (Dem.) Unter dem Deckmantel des Wandergewerbes wird viel Unfug getrieben. Im Interesse der Steuererträgnisse ist eine strenge Kontrolle geboten. Auch der Hausierhandel mit Arzneimitteln bedarf im Interesse der Volksgesundheit schärferer Beaufsichtigung. Die Regierung wird sich für eine notwendige Reform der Gewerbeordnung einsetzen müssen.

Wirtschaftsminister Müller: Die Regierung geht gegen Mißstände im Hausierhandel mit der nötigen Strenge vor, kann aber nicht durch Aenderung der Gewerbeordnung die Gewerbefreiheit einschränken.

Abg. Prof. Dr. Kastner (Dem.): Von der Unterbindung der Gewerbefreiheit hat niemand gesprochen. Die Vorschriften der Gewerbeordnung genügen aber nicht zur Bekämpfung der Auswüchse im Wandergewerbe. Die Regierung muß sich überlegen, was sie tun soll.

Die beiden Anträge werden darauf an den Rechtsausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 17. Dezember, 11 Uhr.

Tagesordnung: Darlehn für die G. m. b. H. Sparkorb, Not der Erwerbslosen, Beihilfen für Sozialrentner, Schutz der erwerbstätigen Schwangeren, Not der Landwirtschaft, Bekämpfung der Spargeschädlinge, Aenderung der dritten Steuernotverordnung, Fortführung der Röderregulierung, Entschädigung von Wasserkraftinhabern, Verwaltung und Betrieb der Reichswasserstraßen.

Bei Wurmleiden verschreibt jeder Arzt Santonin. Die Wurm-Napolitains „Neho" enthalten in zweckmäßiger Zusammensetzung diese wirksamste aller Wurmmittel und bieten sich Ihnen in einer Form dar, die den Charakter einer Medizin übersehen lassen. Zuverlässige Wirksamkeit. — Hygienisch einwandfrei. — Angenehm im Geschmack. Die Wurm-Napolitains „Neho" (ausschließlich verlangen) sind nur in Apotheken erhältlich und kosten die Original-Packung M. 2.25 [06]

Verkäufe

Verschiedenes

— Klavier —

mit eingeb. Kunstspielapp., fabrikneu, f. 1100 M. zu verkaufen. Anfragen erbeten unter „O I 2002" Exped. dieses Blattes.

Mod. Speisezimmer

sehr schön, außergewöhnl. bill., auch Teilzahl. zu vk. Scheffelstr. 26, 1. (C6888

— 1 Tischler-Hobelbank —

neu, mit eisernen Spindeln, zu verkaufen Stiftestraße 12, 1. I. (ce

Elektr. Staubsauger (Sanfa)

mit Beutel m. Goldr., fast Neuheit zu verk. Wilsdruffer Str. 10, 2. Etg. *

Langlaufskier

195 cm, zu verk., RM. 18.—, Kaiserstraße 7, Gartenatelier.

Herrlicher Maulwurfsschal

1 m lang, 175 M., Pracht, 10 Meter voll, 190 M., Stunks, Fücht, Steinmarder bel. günstig. Decken u. Kamin sind dir. Hirsch zu pertinen Trachenberge (Herrnheim), Kleinbeerweg 36.

Saalinhaber!

400 St. Dekorationslampen mit Fassung

zu je 8 Stück geschalten, 110 Volt, fertig zum Aufhängen, billig zu verk. Dresd.-N., Leipziger Str. 230.

Billig zu verkaufen

8 m Anzugstoff, je m 3 M., 22 m Anzugstoff, je m 4 M., 3 Damen-Gummi-Mäntel, je St. 12 M. Näh. Donnerstag früh 10-12: Am Markt 12, Zimmer Nr. 5. (d

Mod. Speisezimmer

sehr schön, außergewöhnl. bill., auch Teilzahl. zu vk. Scheffelstr. 26, 1. (C6883

Pianos

gebr. u. neu, erstkl. Qualität, ob. erstk. Ausführ. auch gebr. Flügel, Röllner-Str. 38, Schumann.

Prachtvolle Pianos

gebr. u. neu, verk. ich jetzt zu bedeutend herabgesetzt. Preisen. Hanna Sommer Marienstr. 9, 1er

2 sehr gute Pianos

sehr billig verkauft. Lößnitzer 2, Gelsb.

Tafelklavier

Sportlampen, Stahlbadewanne elektr. Anlagen, Damenfahrrad, Ihr. 17, H.-Hilber (mittl. Gb.) aus Urin. zu verkauf. Nürnberger Str. 22, 2. El. m.

Ein gut. gebrauchl. Piano

kauf. Sie zweckmäßig in allerbest. Zustand bei Klavierhandl. Schelle, Ferdinandstraße 7, 2. Sehr schöne neue zu ganz günstigen Preisen, Teilzahlung. *

Günstig z. Lernen! 5 Klaviere

sehr gut erhalt., von 250 M. an, auch Teilzahlung 2 Pianinos freuzs., besond. bill. 1 Klavierfelgapp. (Worlitz.) m. Mikrol. nur 120 M. verkäuf. Kamenzer Str. 19. Sonntag geöffnet!

Schönes Pianino zu verk. Crossnitz Nr. 1, Stockmann-Str. 1, 10—3 Uhr.

Pianos

sehr g. neue, erstkl. Fabr. bes. Teilzahlg. Kaert, Waisenstr. 16

Gebr. Pianos

preiswert zu verkaufen Kummermann, Dresdner Straße 20.

Pianos

vorzüglich 8-jährige Garantie, prima Teilz. Marx, Kurfürstenstr. 15, pt.

Kl. Pianino 480 M.

(Schöner) 2 Scherzuhr. (Sach.-Hanf. Mast. Nußbaum) 1 Komm. Polierstr. 24 C. Mag.

2 gebr. Pianos

beide frauenfest, sehr gut erh. 420 M. u. 1 Mittelpianino 650 M. Wittenberg. Str. 43, p. l.

Auge, alle 4 Gelpo m. Kuk., preisw. z. v. Strehlener Str. 24, 3 bei Posenbruch. 1*

Gute Laute

u. Photogr.-Apparat, 4x5, zu verkaufen Meißnerstr. 7, 2. r.

Sprechapparat

mit Platt. bill. abzg. Luther-Str. 10, 3. *

Kl. Radioapparat, Stell. Schreibtisch gern., Bilb. Radelschlitten bill. zu vk. Freiberger Str. 33, 3. l.

D.-Rad gebr. u. bill. G. Weinlight 15.

D.-Räder, Mifa, Brennabor u. andere, erstklassige

Jugendräder

Teilzahlung billig Metallgeschäft, 14, nahe Kl. Planenstr.

Sehr preiswert zu verkaufen in Großenhain, Dresdner Str. 21: gebr. Motorrad (Sage 1/4 Getriebe), ell. Kindertreppe, 17 Stufen, 65 breit, gebr. Schulmach.-Kopfkissen (Mangelsch.), sow. versch. Schulm.-Werkzeuge. *

Fast neu. Herren- u. Damenrad Umstände halb. bill. zu verkfn. Kaitalstr. 4. *

Fahrräder

Urania, Elite, Oberland, Phönix z. verschiedene In. Marken

Ratenzahlung Anzahl.

ohne Aufschl., leichte Abzahlung. Hahn, Sattlerstraße 4. (5888

Näh

mach. sehr bill. zu verk. verk. von 60—70 M. Heb. Freiberger Str. 133, 4. *

D.-Räder

Panzer, Schladitz, Hänel, Torpedo, bel. Anzahlung bei kleiner Anzahlung niedrige Raten. Hause, Palmstr. 10, 2.

Fahrräder Nähmaschinen Wringmaschinen

Kinderwagen Klappwagen Puppenwagen

(erstklassig) und billig (Teilzahlung) z. verk. Oppelstr. 19, 1.

Nähmaschinen Fahrräder

Ratenzahlung

Nähmaschinen

versendbar, billig zu verk. Kaiserstr. 14, 1.

Nähmasch.; Neum. u. Singer-Strmasch. f. neu, b. A. vk. Dorn, Malermstr. 19, pt. *

Nähmaschin., guterh. bill. z. verk. Kupprecht, Oppelstr. 18, Hfg., r.

Nähmasch. 35-70 M. a. versendb. bill. Wildner, Siemsl. 1.

Nähmaschine

g. erh., f. 25 M. vk. Leibnitz-Str. 8, Gent.

Gebr. Nähmaschine 35 M. z. verk. Hfh. vormittags 8—12 Uhr Große Kirchgasse 8, 1. El. rechts. (6240

Nähmaschine, 25 M. zu verkauf. Privat Dresden 24, Herbertstr. 14, Erbg. 1. 18

Bilipo

Weihnachtsgeschenk! Lederjoje, 1 gr. Stahlsessel, 2 antike Trumeaux (Spieg.), Waschkomm., Gläser, für Ausstellung od. Ladenschrank geeign.. Herrens-Pendler bajazzinisch. Art, o. Privat in Gutzeit, zu vk. Ch. u. 30 9 Exped. 6. Bl.

Büfett, Bücherschr., Kleiderschrank, Vertiko, Kommode, Regulator, Matr., Bettstelle, Auszieht., Spiegelschr. zu vk. Nebelschütz Straße 8, 2.

Mein

Weihnachts-Verkauf

in nur anerkannt besten Qualitäten bietet

gewaltige Vorteile!

Ich bitte höflichst um Beachtung meiner Schaufenster!

Kleiderstoff-Spezialhaus

Wilhelm Thierbach

Johannstraße 4

NEU NEU

Elektrische Christbaumbeleuchtung

jedes Jahr wieder verwendbar daher billiger als Kerzen

Gram-Haus. Rohland & Co.

Lilienstraße 13, Eckhaus Röhrbolsgasse.